DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 21 zum Samstag, 3. Oktober 2020 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck »Vereinsspende« bitte an DW/A.Lenz IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wir danken der Regierung!

Die Bundesbürger sagen »thanks«: Unser Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) im Dienst für das Imperium.

Quatsch, den *Demokratischen Widerstand* hat es nie gegeben. Wir feiern zum Tag der Deutschen Einheit 71 Jahre menschliches Leben unter dem Grundgesetz in unserer Bundesrepublik Deutschland. Durch eine glückliche Fügung haben wir die Ehre, heute unter der besten politischen Führung aller Zeiten zu leben.

Von Anselm Lenz und Batseba N'Diaye

In der Hauptstadt erstickt der ewig gestrige, gegenwärtige und zu erwartende Friede, eingeschläfert von der Abwesenheit jeglichen Aufbegehrens und dem bedingungslosen Konsenz der Bevölkerung. Konflikte gibt es nur im Ausland, zum Beispiel in Minsk (siehe Seite 6). Ein Picknick im Frieden, wilde, ausgelassene Tänze in durchgeistigter Glückseligkeit und Gesang unterstreichen die schlichte Gleichgültigkeit, mit der wir uns gerne vorbehaltlos freiwillig der staatlichen Fürsorge unterwerfen.

Wir lieben diese Regierung, dafür steht die deutsche Demokratiebewegung seit 28. März 2020 ein (Seite 4). Dem Hofnarren der strahlengekrönten, ewigen Mutter ward diese Woche im Schlosse Bellevue deshalb eine milde Segnung in Form des Bundesverdienstkreuzes zuteil.

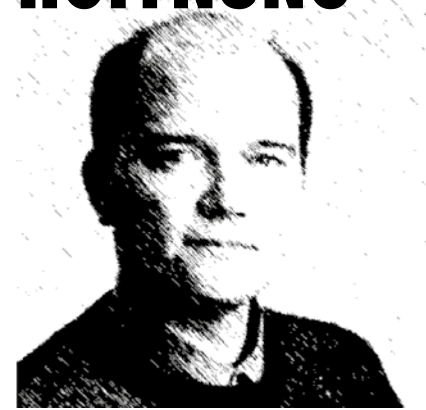
Aus den Reihen der niedrigsten Diener, hinter einer neckischen Geste schelmischer Koketterie ungeschickt kaschierter offener Bewunderung, unter dem vielstimmigen Jubilus kreischender Trillerpfeifen, ward ihm für seine Beglückungen die rote Clownsnase verliehen: »Wiglaf Drosten, er lebe dreimal hoch!« Die Siegesfeier durchdachter, ausgewogener und vom niedergehenden Imperium unabhängiger Politik findet am Vortag der deutschen Einheit auf der Bundestagswiese statt (siehe Titelgrafik unten). In den letzten Tagen gab es bereits vorab eine Reihe unkritischer und langweiliger Ereignisse. Die totalitäre Harmonie im Lande macht unseren Journalismus nun wirklich überflüssig.

Nicht weiterlesen auf Seite 5



Titelmontage: Ute Feuerstacke/ A. Lenz

HUPEN FÜR DIE HOFFNUNG



LAUDATIO ***Der Preis der Republik geht an Alexander Ehrlich.***
von Sophia-Maria Antonulas

Besonnen, souverän und stets den Überblick bewahrend. So kann man Alexander Ehrlich sowohl hinter dem Steuer eines Busses, aber immer öfter auch auf einer Bühne erleben.

Am 29. April organisierte der Wiener die ersten Demonstrationen unter dem Hashtag #honkforhope — Hupen für Hoffnung —, die trotz der Ausgangssperre in mehreren österreichischen Städten durchgeführt werden konnten. Der mutige Logistikaktivist hatte auch ein wirklich überzeugendes Argument, warum von den Teilnehmenden keine Gefahr ausgeht, denn so ein Fahrer allein in einem Bus kann wohl wirklich niemanden anstecken. Es folgten mehrere internationale Busdemonstrationen — unter anderem in Berlin, Den Haag und London. Als Generalkoordinator des Vereins zur Förderung der Interessen des Busreisegewerbes übergab Ehrlich im April auch die erste Petition zur Rettung dieser Branche. Da es vonseiten der Regierungen aber keine wirklichen Lösungen für Busunternehmen gab, bzw. immer noch nicht gibt, beschloss #honkforhope, Busfahrten zu den Augustdemonstrationen für Grundrechte und Demokratie in Berlin anzubieten. Und das auch noch aus ganz Europa.

Und so brachten die Busse nicht nur Teilnehmende an ihr Ziel, sondern Gleichgesinnte schon auf der Reise zusammen. Gleichzeitig bekamen so einige der beteiligten Busunternehmer ihre ersten Fahrten in diesem Jahr überhaupt. Ehrlich war auch selbst am 1. August in Berlin, als die Polizei die Bühne der Kundgebung stürmte und einfach den Strom abdrehte. Immer um Lösungen bemüht lud er am nächsten Tag auf der kleineren Ersatzveranstaltung vor dem Brandenburger Tor für den 31. Oktober zum Halloween-Maskenball für Freiheit und Demokratie nach Wien ein. Auch die Friedenskette Bodensee hat Alexander Ehrlich mit seinem Team organisiert. Am 3. Oktober 2020 kommen Menschen aus allen Ländern Europas an den Bodensee. Diese ländergreifende Menschenkette steht symbolisch für Frieden, Freiheit und die Einheit Europas.

Für seinen unermüdlichen Einsatz für Demokratie und Freiheit und seine tapferen Bemühungen, Menschen und Ideen mit Bussen zu verbinden, wird ALEXANDER EHRLICH der Preis der Republik gegeben. Der Preis der Republik wird seit 27. Juni 2020 verliehen vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Christine Lambrecht, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten?

Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen verschiedener Couleurs. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns dies gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam feiern mit allen, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE ZEITUNG?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Exemplaren und als E-Paper unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Repräsentation und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

* Spenden: Lenz/DW, IBAN: GB77 REVO 0099 7016 8700 94 (neues Euro-Konto in England, siehe Spalte rechts)

A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are liberals, publishers and journalists from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via email to demokratischerwiderstand@protonmail.com. – Please take into consideration; the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a pre-fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press, organisations and colleagues abroad. Thank you. – Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

DW WIRD EXILZEITUNG

LEBEN IN DER DIKTATUR ***Redaktion vertrieben, Konten gekündigt***

Zwei Konten dieser vorliegenden Zeitung sind nun gekündigt worden: Jeweils ohne Angaben, also aus regierungspolitischen Gründen. Ein weiteres war zwischenzeitlich eingefroren worden, ebenfalls ohne Ankündigung oder Erklärung.

Vor unserer Redaktion im Berliner Wedding demonstrierte ein irrer Mob aus gealterten Gewerkschaftsfunktionären wie dem Neofaschisten Jörg Reichel (dju/verdi) und anderen kriminellen Fanatikern im Regierungs- und Konzernauftrag — beziehungsweise teils in deren direkten Diensten wie Reichel. Es sind, ohne Übertreibung, strukturell faschistische Zustände, von denen auch die Leichtathletin Alexandra Wester und der Profisportler Joshiko Saibou betroffen sind, die sich oppositionell geäußert hatten. Ihnen wie uns sind am vergangenen Montag nun die Konten bei der Internet-Bank N26 gekündigt worden. Immerhin geht bis 12. Oktober unseres Wissens nichts verloren. Die neue Bankverbindung ist ein Konto in Euro-Währung mit Sitz in England — geprüft und funktionstüchtig.

NEUES SPENDENKONTO

Zuvor hatte uns bereits die parteipolitsch dominierte und seit Längerem als zwielichtig geltende Berliner Sparkasse ein Vereins- und Privatkonto geschlossen. Gleich zu Beginn unserer Arbeit hatte die Tageszeitung *taz* zu persönlichen Pogromen gegen ihren früheren Mitarbeiter (Anselm Lenz) aufgerufen und hetzte Nachbarn der DW-Redaktionsräume zur Denunziation auf. Ein fanatischer Hass gegen alles Demokratische ergießt sich täglich in der gleichgeschalteten Konzern- und Staatspresse. Und noch mehr: Versammlungen werden immer und immer wieder von partei- und konzernpolitisch instrumentalisierten Polizeitruppen angegriffen. Unter dem Merkel-Regime wurden sogar ältere Damen blindlings attackiert und Schwangere geschlagen. Singende Familien sind in Berlin angegriffen worden, weil sie offen Grundgesetze bei sich trugen. Unmittelbar politisch verantwortlich sind der Berliner Neofaschist Andreas Geisel (SPD) — der inzwischen vom Dauer-Polittruck Schäuble (CDU, siehe Titel) dafür gelobt wurde —, und die mehrfach auffällige Kriminelle im Amt, Barbara Slowik, Polizeipräsidentin in Berlin. Drückerkolonnen in zivil schlichen seit 28. März 2020, dem Beginn der Demonstrationen für das Grundgesetz, für schulmedizinische Aufklärung, freie Debatte um die Privatadressen Oppositioneller aus der Demokratiebewegung — oder machten im Auftrag des verfassungsbrüchigen Corona-Regimes sogar bandenartige Hausbesuche.

Diese Zeitung verlässt das Land, weil wir hier nicht sicher weiterarbeiten können. Der Sitz verlagert sich an vier Standorte, um der möglicherweise partei- und konzernpolitisch dominierten BRD-Staatsanwaltschaft den Zugriff zu erschweren. Wir werden der Junta im Dienste des neuen Unrechtsstaates (»Neue Normalität«) keine weiteren Möglichkeiten bieten. **Warnung**: Wenn es in unserem Land zum Kampf käme, dann würden wir umso umfassender siegen. Mäßigt Euch!

SCHULMEDIZIN ZU CORONA

FAST JEDER WEISS ES: ***Corona ist keine »Pandemie«...***

... sondern ein Grippeinfekt, der den Zusammenbruch des Finanzmarktkapitalismus geplant überdeckt — also eine gemachte Weltkrise, die sich gegen das Gros der Weltbevölkerung richtet und bereits totalitäre Verhältnisse hergestellt hat. Die Konzern- und Staatsmedien lügen.

Gesundheit

Eine Basisdemokratin macht ihren Brechreiz klar: Mona von NichtOhneUns am vorvergangenen Samstag in Köln. Maske gegen das Corona-Regime zum Falten siehe Seite 4. *siehe Seite 4.*

Foto: DW

Die zweite Welle?	
Tests insgesamt KW 14	408.348
davon positiv getestet	36.885
Anteil der positiv Getesteten KW 14	9,03%
Tests insgesamt KW 37	1.120.835
davon positiv getestet	9.675
Anteil der positiv Getesteten KW 37	0,86%

Es gibt keine zweite Welle!

Quelle: Robert Koch Institut
http://www.rki.de/DE/content/Infect/EpidBull/Archiv/2020/Ausgaben/38_20.pdf?__blob=publicationFile



Kinder und Schüler werden mit wahnhaften Mitteln in Angst und Schrecken versetzt, isoliert und gegeneinander aufgebracht. Das Terrorregime schrickt seit sechs Monaten vor fast nichts zurück. Eine medizinische Notlage bestand zu keinem Zeitpunkt.



Derweil gönnt sich die polit-mediale Verbrecherkaste den Freiraum, den sie für sich für angemessen hält. Hier bei einer SPD-Wahlparty in Nordrhein-Westfalen. Familienministerin Franziska Giffey verweigert zumeist die Maßnahmen.

AUSGANGSSPERRE IST REINE QUÄLEREI

von Prof. Sucharit Bhakdi und Prof. Karina Reiß

NUTZEN VON LOCKDOWN-MASSNAHMEN?

Ende 2019 veröffentlichte die WHO ein Dokument, in dem verschiedene Maßnahmen im Falle einer zukünftigen Pandemie beschrieben werden, die 2020 von vielen Ländern angewandt werden, von Schulschließungen bis Ausgangssperren.

Es ging um die Frage, wie man die Anzahl an Infektionen und damit auch die Anzahl an schweren Erkrankungen pro Tag senken kann. (...) Die Annahme ist, wenn die Kurve flacher verläuft, dann dauert die Epidemie zwar länger und die Gesamtzahl der Infizierten sieht auch nicht anders aus, aber das Gesundheitssystem wird nicht so schnell überlastet. Mittel, die unter keinen Umständen angewandt werden sollten, um so ein Ziel zu erreichen, sind unter anderem Contact Tracing, Screening von Ein- und Ausreisenden und Grenzschließungen ...– gab es dann ja auch ... fast ... gar nicht ...
Das Interessante ist, dass die WHO im Anhang des Maßnahmenpapiers selbst aufzeigt, dass es für die Wirksamkeit der empfohlenen Maßnahmen keine gesicherten wissenschaftlichen Belege gibt.

Entsprechend halten viele Experten den Lockdown für den falschen Weg. Unter anderem äußerte sich auch der Nobelpreisträger Michael Levitt. Er hält den allgemeinen Lockdown für einen »riesigen Fehler« und fordert gezieltere Maßnahmen, insbesondere zum Schutz der Risikogruppen. Trotzdem folgen die meisten Länder dem »Vorbild« Chinas.

Ganz Italien stand seit dem 10. März komplett unter Quarantäne. Es galt Ausgangsverbot. Nur in Notfällen, bei wichtigen Arbeitsaufträgen und für unaufschiebbare Besorgungen galten Ausnahmen. 60 Millionen Menschen standen unter Hausarrest, die Straßen waren leer gefegt. Erst nach zwei Monaten wurde gelockert. Andere Länder wie Spanien, Frankreich, Irland, Polen etc. machten es ähnlich. Hat es was gebracht? Die Epidemien sind vorbei, schauen wir uns die Todeszahlen an – im Bewusstsein, dass hier aufgrund der Zählweise und Definition ebenfalls ein großer Fehler steckt.

SIND IN LÄNDERN MIT DRAKONISCHEN LOCKDOWN-MASSNAHMEN WENIGER MENSCHEN GESTORBEN?

Es war oft in den Zeitungen zu lesen, Schweden würde für seinen liberalen Weg einen hohen Preis bezahlen mit einer entsprechend hohen Anzahl an Todesopfern. Tatsächlich sehen wir, dass Schweden ohne Lockdown – im Vergleich zu Ländern mit Lockdown – irgendwo in der Mitte von diesen liegt. Auch Südkorea, Japan und Hongkong fallen nicht durch eine exorbitant hohe Zahl an den sogenannten »Corona-Toten« auf.
Was sehen wir also: Länder ohne drakonische Lockdown-Maßnahmen sind nicht in eine Katastrophe geschlittert, die Maßnahmen waren offensichtlich nicht nötig.
Nun wissen wir, dass COVID-19 eine Erkrankung ist, die insbesondere für ältere Menschen mit Vorerkrankungen fatal enden kann. Wir sprechen hier von einer großen Personengruppe in Pflegeheimen und Altenheimen. Eine andere Frage von enormer Wichtigkeit ist:

SIND IN DEN LÄNDERN MIT LOCKDOWN DIE RISIKOGRUPPEN BESSER GESCHÜTZT WORDEN?

Kurze Antwort: nein.

Aus dem Buch »Corona — Fehlalarm? Zahlen Daten und Hintergründe« von Prof. Sucharit Bhakdi und Prof. Karina Reiß, Goldegg Verlag, Wien 2020

ÄRZTINNEN UND ÄRZTE IM DEMOKRATISCHEN WIDERSTAND:

Meine Einschätzung der Lage

von Dr. med. Alexander Richter, Mitglied des Demokratischen Widerstandes, Stadland (Wesermarsch)

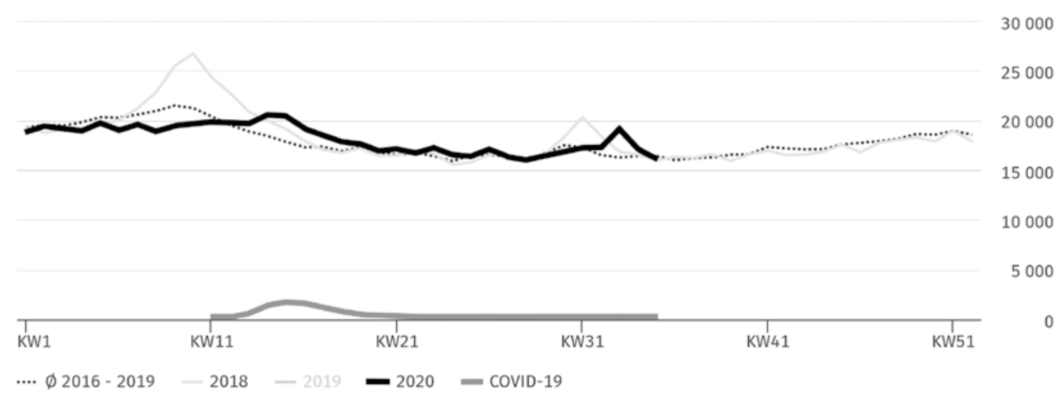
MEDIZINISCH: Als langjähriger Arzt für Chirurgie, Sportmediziner und Notfallmediziner sowie Instruktor für Arthroskopie durfte ich nicht nur in Deutschland, sondern seit 2003 auch in Lateinamerika — vor allem in Mexiko — berufliche und menschliche Erfahrung sammeln. Unter Hinzuziehen aller mir zugänglichen Quellen und in Einklang mit meinem Wissen und meiner Erfahrung, bin ich mit vielen Experten einer Meinung, dass es sich bei der vorliegenden Coronaviruserkrankung um ein Phänomen handelt, das uns Menschen gut bekannt ist, uns jährlich wiederkehrend trifft und mit der normalen Grippe vergleichbare Erscheinungen wie Vorkommen und Mortalität in der Bevölkerung hat. Aus medizinischer Sicht besteht weder Grund zu besonderem Handeln noch zu übermäßiger Vorsicht. Besonders anfällige Personen sollten sich entsprechend sinnvoller Vorgaben individuell schützen.

POLITISCH: Die medizinisch nicht begründbare weltweite Panik und Hysterie ist meines Erachtens bewusst politisch induziert. Die nicht nur in Deutschland getroffenen, der medizinischen Lage nicht angemessenen Maßnahmen übersteigen bei weitem die erforderliche Verhältnismäßigkeit. Die Einschränkung beziehungsweise Aufhebung gravierender Grundrechte sowie die Art und Weise der Änderung der Gesetzgebung ist mit nichts zu rechtfertigen. Wir laufen unter Aushebelung der Grundgesetze Gefahr, uns einer massiven globalen und diktatorischen Kontrolle unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Gesundheit unterwerfen zu müssen. Dies muss mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln verhindert werden.

»Wäre uns der Virus nicht aufgefallen, hätte man vielleicht gesagt, wir haben dieses Jahr eine schwerere Grippewelle«
Prof. Streeck, Virologe der Universitätsklinik Bonn

»Hätten wir nichts von diesem neuen Virus da draußen gewusst und hätten wir keine Menschen mit PCR getestet, wäre uns die Anzahl der Gesamt-Todesfälle durch grippale Infekte in diesem Jahr nicht ungewöhnlich erschienen.«
Prof. John Ioannidis, Professor für Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit, Stanford Universität, USA

»Dieser Crash ist gewollt«
Dirk Müller, Finanzexperte



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die obenstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.

Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich — oder gar menschheitsbrohend —, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

Demokratiebewegung

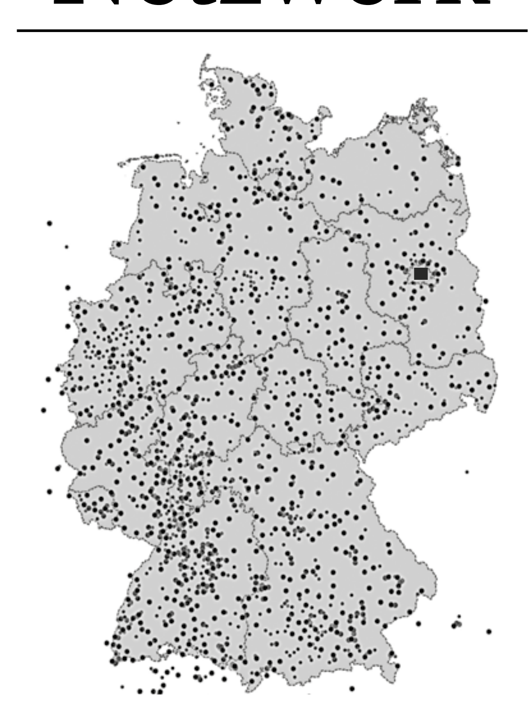
GROẞE DEMOTERMINE

siehe akutuell auch:
querdenken-711.de
nichtohneuns.de
demokratischegewerkschaft.de

HINWEIS: jederzeit spontan	überall	siehe www.samstag14uhr.de
02.10.2020 15 Uhr	BERLIN, Platz d. Republik(Bu'tag)	VERFASSUNGSGEBENDE VERSAMLG.
03.10.2020 06:30-23:59 Uhr	BERLIN, stadtweit, div. Anmeldg.	TAG DER FREIEN BUNDESREPUBLIK
03.10.2020 ganztägig	Berlin, Tiergarten	Peaceparade
03.10.2020 13 Uhr	Berlin, Boxhagener Platz	Freedom Parade
03.10.2020 13 Uhr	Schwerin, Pfaffenteich Südufer	Coronapanik frisst Grundgesetz
03.10.20 14 Uhr	Berlin, Tiergarten. Koordinaten: 52.515355, 13.375998	Pancoronales Picknick
03.10.2020 14 Uhr	Lübeck, Drehbrückenplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
03.10.2020 15 Uhr	Berlin, Siegessäule	Peaceful Revolution 1989+2020
03.10.2020 15-17 Uhr	Bühl (Baden), Hauptstraße 47	Immunität für Grundrechte (...)
04.10.2020 0 Uhr – 17:00 Uhr	BERLIN, stadtweit, div. Anmeldg.	SPORTFEST SCHWARZ-ROT-GOLD
HINWEIS:	DEMOS IN BERLIN ANMELDEN	berlin.de/polizei/service/
05.10.2020 19 Uhr	Berlin, Siegessäule	Mahnwache für Menschlichkeit
05.10.2020 19-20:30 Uhr	Krefeld, Theaterplatz	Demonstration für Menschenrechte
05.10.2020 19-21 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerhöhe	Montagstreff auf der Schillerhöhe
7.10.2020 19 Uhr	Berlin, Siegessäule	Mahnwache für Menschlichkeit
10.10.2020 11:59 Uhr	Berlin, Adenauerplatz	Der Schweigemarsch
10.10.2020 14-19 Uhr	Bonn, Hofgarten	Imagine! Wege aus der Krise
10.10.2020 15-17 Uhr	Bühl (Baden), Hauptstraße 47	Immunität für Grundrechte
10.10.2020 19 Uhr	Berlin, Siegessäule	Mahnwache für Menschlichkeit
10.10.2020 14 – 19 Uhr	BONN, Hofgarten	IMAGINE! WEGE AUS DER KRISE
17.10.2020	WIESBADEN	FÜR DIE NEUE VERFASSUNG Querdenken 611
07.11.2020	LEIPZIG	FEST FÜR FREIHEIT UND FRIEDEN Querdenken 341 und 711
07.11.2020	WIESBADEN	FREIHEIT, GLEICHHEIT, GESCHWISTERLICHKEIT, Querd. 611
28.11..2020	WIESBADEN	EINIGKEIT UND RECHT U. FREIH. FREIHEIT, Querd. 611
19.12..2020	WIESBADEN	FREIHEIT, GLEICHHEIT, GESCHWISTERLICHKEIT, Querd. 611

Illustrationen und Zeitungsmaske: Jill Sandjaja

Netzwerk



Übersichtskarte zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung nichtohneuns.de. *Siehe auch* querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere.*
Demotermine gern übersichtlich und einfach melden an demokratischerwiderstand@protonmail.com.



DER GANZ NORMALE AUSNAHMEZUSTAND?

von Prof. Giorgio Agamben

Einige Juristen würden offenbar alles vertreten, um nur der Selbstzerstörung der Demokratie das Wort zu reden.

Kann eine Diktatur innerhalb eines demokratisch verfassten Staatswesens ihre Berechtigung haben, wenn sie nur vorübergehend in Kraft ist und das Ziel hat, die geltende Verfassungsordnung zu bewahren? (...) Vielleicht geschieht es aus einem Rest von intellektueller Rechtschaffenheit heraus, dass der Jurist am Ende (...) die Ansicht derer erwähnt, die »nicht ohne gute Argumente darauf beharren, dass die gesamte Welt, sieht man einmal vom Virus ab, letztlich mehr oder weniger permanent in einem Ausnahmenzustand lebt« und dass »das sozio-ökonomische System des Kapitalismus« nicht in der Lage sei, seine Krisen mit dem Apparat des Rechtsstaats anzugehen.

Er gesteht ein, dass aus dieser Perspektive »die pandemische Infektion des Virus', die ganze Gesellschaften in Schach hält, ein Zusammentreffen und eine unvorhergesehene Gelegenheit seien, die sich ergreifen ließe, um das Volk der Unterworfenen unter Kontrolle zu halten«. Es sei erlaubt, ihn einzuladen, mit etwas mehr Aufmerksamkeit über den Zustand der Gesellschaft nachzudenken, in der er lebt, und sich der Tatsache zu erinnern, dass Juristen nicht nur, wie dies leider nun schon seit Längerem der Fall ist, Bürokraten sind, denen die Aufgabe zufällt, das System, in dem sie leben, zu rechtfertigen.

Der Artikel erschien erstmalig auf quodlibet.it, Übersetzung übernommen von rubikon.news, wo der vollständige Artikel abrufbar ist.

Hier
ist die
Demokratie!

3

Klebefläche

IHR LÜGNER!

2

demokratischegewerkschaft.de

demokratischerwiderstand.de

02. bis 04. Okt. 2020
Platz der Republik
Beginn 02.Okt., 15h

1



Wir danken der Regierung! Den Demokratischen Widerstand hat es nie gegeben

INFORMATIONEN ZUR HULDIGUNG DES IMPERIUMS *von Anselm Lenz und Batseba N'Diaye*

Fortsetzung von Seite 1 (mit dem Mut der Verzweiflung)

Am Sonntag das »PanCoronale Picknick« im Berliner Tiergarten, die regelmäßige Tanzveranstaltung *Social is Dancing* am Spreewaldplatz in Sachen Corona-Regime. Tagsüber kam es zu spontanen Protesten an den britischen Botschaften gegen die illegale Verhaftung des Mitgründers der *Ärzte für Aufklärung*, Heiko Schöning in England. Die Proteste fanden in Berlin und in vielen anderen Städten weltweit. Schöning ist mittlerweile wieder frei.

Am vergangenen Montag dann die Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog unter dem Motto: »9 Monate Corona — lasst uns reden!« an der Ecke Wilmersdorfer Straße und Goethestraße. Am Abend folgte die Mahnwache an der Siegessäule.

In diesen Tagen finden weitere Versammlungen zur Verherrlichung unserer Mutter im Strahlenkranze in Berlin statt (links im Bilde). Dies in dem verzweifelten Versuch, den Unisono-Chor gleichlautender Meinungen jeweils mit einer weiteren kraftvollen Stimme zu untermauern: Am Donnerstag, den 1. Oktober. Die *Peace Parade* mit Zeltcamp am Tiergarten und Umzug (berlin-peaceparade.net). Von 10 bis 14 Uhr wird wiederum Dr. Drosten die rote Clownsnase verliehen vor dem Schloss Bellevue (freedomparade.de). Die genannte Peaceparade könnte spontan hinzustoßen.

Am Freitag die Demokratiebewegung »Nicht ohne uns« gemeinsam mit Querdenken und wiederum der Freedom Parade laden ein zum Kinder- und Familienfest. Der vielseitige Titel: »Unsere Verfassung: gestern, heute, morgen.« Beginn wird um 15 Uhr auf dem Platz der Republik vor dem Bundestag sein. Es sprechen unteren anderem Anke Wolff, Gewerkschaftsführerin von demokratischegewerkschaft.de, Michael Ballweg, der Initiator von Querdenken und einer der ersten Wortführer der Demokratiebewegung, Uli Gellermann mit dem Verein für Volksverfassung (VVV) und viele andere mehr.

Zum Schluss wird am Abend zur besten Tagesschau-Zeit ein kämpferischer Treck zur Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz ziehen, wo die überbezahlten Berufspolitikertöchter und -söhnchen von der rechtsradikalen Linkspartei von sich selbst befreit werden. Die Peaceparade könnte wiederum spontan dazu stoßen.

Am Samstag dann der Große Spaziergang als Reminiszenz an die Hygienedemos für das Grundgesetz, um 10:30 Uhr wird der Treffpunkt Unter den Linden sein, die Ankunft auf der Straße des 17. Juni dann rund 15:30 Uhr. Die Freedom Parade Nr. 13 feiert sodann 30 Jahre Deutscher Einheit am Boxhagener Platz ab 13 Uhr, der Umzug zum Brandenburger Tor beginnt um 14 Uhr.

Dann die *Peaceful Revolution* 1989+2020 von 15:00 bis 21:00 Uhr an der Siegessäule. Am fernen Bodensee bildet sich derweil die längste Menschenkette der europäischen Geschichte. Und schon heute folgt der Hinweis auf den Schweigemarsch »Wir müssen reden!«, am 10. Oktober (der-schweigemarsch.de).

Und dies ist nur eine kleine Auswahl; die Athletinnen und Athleten vom Sportfest Schwarz-Rot-Gold wollen an zentralen Sportstätten und Medienhäusern etwa in der Nacht des Tags der Deutschen Einheit durchweg zeigen, was sie können — und das unter herbstlichen Flutlichtbedigungen.

In dieser Liste fällt eine beunruhigende Pluralität ins Auge. Gleichzeitige und räumlich benachbarte Veranstaltungen sollten sich dringend zusammentun und der vorherrschenden Einheitsmeinung anschließen. Denn schließlich haben wir dankbar zu sein, unter der besten Diktatur aller Jahrhunderte leben zu dürfen. Das zu lobpreisen, versammeln sich die Demokratinnen und Demokraten.

Denn Frank-Walter Steinmeier, Wolfgang Schäuble und Angela Merkel sind überhaupt gar keine Kriminellen. Sie sind seriöse Politiker, die das Grundgesetz einhalten und in jeder Minute ihres Arbeitslebens Schaden von uns abwenden.

Unter unseren Masken wispern wir demütig: »Danke!«

Wir schätzen uns glücklich, solch wunderbare Menschen an der Spitze unseres Staatswesenns zu wissen. Unsere Demokratie ist so intakt wie noch nie. Besonders die Menschenwürde ist auf dem Vormarsch.

Die westlichen Demokratien sind auf dem Gipfel ihrer Glaubwürdigkeit. Sie sind so dermaßen glaubwürdig, dass sie sich sogar deutlich von rechtsextremen Tyrannen unterscheiden! Besonders deutlich unterscheiden sie sich von linksextremen Beglückern. Denn Verfassungstreue steht ihnen allen ins ganz persönliche Grundbuch geschrieben!

Sie stehen im Wesentlichen ganz oben. Wie der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn: Der gelernte Bankkaufmann und Experte für lange Sauna-Nächte hat sich in den letzten Wochen eine neue Villa zugelegt. Laut Pressemeldungen ein Hochsicherheitstrakt für vier Millionen Euro in Berlin-Dahlem mit schickem Spa-Loft, in dem zuvor der ehemalige amerikanische Botschafter Richard Grenell verkehrte. Das Anwesen ist gut eingemauert und wird standesgemäß von unserer Polizei bewacht.

Unter unseren Masken wispern wir demütig: »Recht so!«

Frieden, Wissenschaftlichkeit, Humanismus! Das sind die Devisen unserer demokratisch gewählten Volksvertreter. Es handelt sich keinesfalls um Lügner oder Komplemetärbegabte , die mit uns Gott spielen. Wer so etwas behauptet, ist rechtsradikal. Denn die Regierungsbehörde Robert-Koch-Institut (RKI) mit ihrem top-seriösen Bundesverdienstkreuzträger Christian Drosten steht mit ihrer Meinung gar nicht alleine da. Der Drosten ist ein Halbgott in Weiß, er weiß Bescheid.

Bei Corona handelt es sich um eine schlimme Seuche. Das sagen nun wirklich alle, die auch nur ein einziges Mal ein das *Thieme-Handbuch Virologie* in Händen hielten – und Drosten hielt es einmal in Händen. Unsere Regierung sagt uns die Wahrheit, jeden Tag, und das seit vielen, vielen Monaten. Der Sars-Cov-2-Virus ist völlig neuartig, hoch infektiös und das auf nie zuvor dagewesenen Wegen. Zudem noch viel gefährlicher als ein Grippeinfekt!

Es ist wirklich wichtig, die Menschen einzusperren. Wenn es sein muss, jahrelang oder gar für immer. Wenn Menschen verschwinden, bleibt immerhin deren *Timeline* im Netz zurück. Sie brauchen wesentlich mehr Kontrolle in allen Lebenslagen, immer und überall. Jedes Detail muss der Regierung, den Internetkonzernen und der Pharmalobby bekannt sein, damit sie über uns Bescheid wissen.

Jetzt heißt es: Blind vertrauen, sich führen lassen, sich fallen lassen, ja, sich fügen!

Das wunderbare Mitgefühl unserer Herrscher gilt insbesondere alten Leuten, gebärenden Frauen und Neugeborenen. Wir danken der Regierung ganz besonders dafür, wie fürsorglich sie unsere Kinder behandeln lässt. Es ist wichtig, dass sie in Kindergärten und Schulen gezeigt bekommen, was Angst bedeutet. »Maske auf, Kreise ziehen, sonst kommt der Schutzmann zu deinem Schutz!« Schließlich ist die Corona-Regierung gar kein Horrorregime, sondern eine Segnung für alle Menschen, besonders fürs Volk! Ein Gesundheitsüberwacher ist schließlich kein Blockwart, sondern ganz lieb!

Das alles geschieht zu unserem Besten und dafür danken wir. Wir freuen uns auf die *Neue Normalität*, die wir von diesen wunderbaren Menschenfreunden geschenkt bekommen sollen! Wir können schon heute gar nicht genug davon haben, wir können es nicht erwarten, wir empfinden Liebe. Wir preisen die *zweite Welle*, denn wir bringen unserer Führerin jedes Opfer! **Unter unseren Masken wispern wir demütig: »Danke!«**

Besonders stolz sind wir auf die Arbeit der Qualitätsmedien. Die Nachrichtenillustrierte *Der Spiegel* hat für ihre Corona-Berichterstattung sogar über 2,3 Millionen Euro vorab überwiesen bekommen. Wir danken dem Computerprofi und Konzernmagnaten Bill Gates, dass er der notleidenden Presse in Deutschland mit seiner Gates-Stiftung geholfen hat — sie liefert wie bestellt!

Unsere öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten machen herausragende Arbeit und werden ihrem gesetzlichen Auftrag, wie er ihm Rundfunkstaatsvertrag und im Pressekodex geregelt wird, vollumfänglich gerecht. *»Chapeau!«*, rufen wir der Qualitätsfresse zu, wir sind nur ein bisschen neidisch, dass wir nicht so gut sind. Kleinmütig bekunden wir heute: Den *Demokratischen Widerstand* hat es nie gegeben! Auch die Millionen Demokratinnen und Demokraten bei den großen Augustdemonstrationen hat es nie gegeben! Wären wir doch nur ein bisschen netter zu den Chef*innen gewesen, dann hätten wir heute vielleicht auch solch ein schönes Büro und tolle Kontakte zu Wirtschaftskonzernen, Lobbies und der Politikerkaste wie die hochintelligente Edelfeder Georg Mascolo! Wer braucht schon die Unterstützung von tausenden Medizinern, Juristen und dem gemeinen Volk? Es ist uns allen eine Ehre, die ausgezeichneten Leitmedien konsumieren zu dürfen. Besonders unter Corona sind sie unabhängig, überparteilich und einzig und allein den Zuschauern und der wahrheitsgemäßen Information verpflichtet! Und die Wahrheit ist nunmal, dass unsere Regierung, Pharmakonzerne und das Imperium es eben so wollen. Und darüber werden wir informiert. Dafür haben wir uns zu bedanken und sonst gar nichts. Jeder einzelne daran beteiligte Journalist ist ein Glanzstück seiner Branche, ach, des ganzen Menschengeschlechts! — (Die weiteren Huldigungen und eine Pointe hören Sie im Podcast auf kenfm.de)



Montagen Panorama: Jill Sandjaja | Karikatur: Laserlurch

NEUES AKKUMULATIONSMODELLL – TEIL 3 VON 3

VERHALTEN UND KÖRPER IM VISIER DES KAPITALS

Exklusiver Vorabdruck im *DW*: »Lockdown 2020. Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern.« ***Von Hannes Hofbauer und Andrea Komlosy***

OHNE STAATSHILFE GEHT NICHTS: CORONA-KEYNESIANISMUS

Im Zuge der Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 hat sich für alle, die es sehen wollten, die Herausbildung autoritärer Regierungsformen beschleunigt.

Diese waren zuvor nicht nur in autoritären Staaten wie in der Türkei, Russland oder China zu beobachten, sondern auch in Ländern wie Frankreich und Österreich bereits im Vormarsch. Emmanuel Macron und Sebastian Kurz stehen – ungeachtet ihrer parteipolitischen Herkunft – schon länger für eine politische Machtverschiebung weg von der parlamentarischen Legislative hin zu einer immer selbstherrlicher agierenden Exekutive, wobei beide Männer zusätzlich die Parteien, aus denen sie hervorgegangen sind – Macron aus dem sozialdemokratischen Parti Socialiste und Kurz aus der konservativen ÖVP – nachhaltig beschädigt und langfristig obsolet gemacht haben.

Die Ausrufung von Ausnahmezuständen im Frühjahr 2020, auch wenn sie nicht in allen Ländern so genannt wurden, trug zur Festigung eines staatlichen Krisenmanagements bei, das Verfassungen außer Kraft setzte und demokratische Entscheidungsprozesse, so kritikwürdig viele schon zuvor gewesen waren, nun gänzlich umging. Im Namen der Volksgesundheit umgaben sich verantwortliche Präsidenten und Minister mit Klüngeln ausgesuchter medizinischer Experten, um im engsten Kreise ad hoc Verordnungen zu beschließen, die das soziale und kulturelle Leben zum Stillstand brachten und weite Teile der Wirtschaft nachhaltig beschädigten bzw. zerstörten. Die Maßnahmen wurden als alternativlos dargestellt, abweichende Expertenmeinungen ignoriert bzw. diffamiert und aufkeimende Debatten mit dem Totschlagargument »Verschwörung« erstickt.

Zugleich stellte der Staat unzählige Unterstützungsmaßnahmen bereit, um die durch den Lockdown verursachten Verdienstausfälle von Unternehmen und Arbeitskräften zu kompensieren. Kleinere Summen wurde unkoordiniert und helikoptermäßig über Geringverdiener ausgeschüttet, um Unmut und Protest zu ersticken. Der Staat griff mit den Lockdown-Verordnungen ebenso wie mit den Hilfsmaßnahmen tief in die ökonomische Sphäre ein. Dabei begünstigte der Stillstand genau jene Sektoren, die die Verwertungsblockade des Kapitals lösen können.

Auch die Europäische Union beteiligte sich an dieser Förderungspraxis, als sie – auf Zuruf der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung – am 4. Mai 2020 per Videokonferenz beschloss, in Windeseile 7,4 Mrd. Euro aufzubringen, um damit die drei großen unter dem Einfluss der Pharmaindustrie stehenden Organisationen mit Kapital auszustatten. Das Geld floss zu etwa gleichen Teilen in die WHO, die am Weltwirtschaftsforum in Davos gegründete Impfallianz GAVI und die ebenfalls dort ins Leben gerufene Epidemie-Koalition CEPI. Allen drei gemeinsam ist im Übrigen die starke Kapitalpräsenz der Gates-Stiftung.

Der Wirtschaftsjournalist Norbert Häring schreibt zur Corona-Geberkonferenz vom 4. Mai 2020: »Lange musste Gates der UN und den Regierungen Geld geben, um die Welt mitregieren zu dürfen. Nun dreht sich das um.« Und weiter: »Wenn Regierungen Steuermilliarden für Gates und Weltwirtschaftsforum einsammeln, haben die Konzerne die Weltregierung übernommen.« Auch die Präsidentin von »Brot für die Welt«, Cornelia Füllkrug-Weitzel, kritisierte gegenüber dem Sender SWR die lockere Hand, mit der jene finanziert werden, die von der Krise profitieren: »Diejenigen, die sicherstellen, dass die Menschen auch wirklich geheilt werden, die sitzen alle nicht mit am Tisch. Es sitzen die am Tisch, die jetzt verdienen können.«

In so gut wie allen EU-Ländern, voran Deutschland, Österreich und Frankreich, kam und kommt weiterhin staatliches Geld zur Ausschüttung, wobei neben Hilfsprogrammen zur Abfederung sozialer Katastrophen vor allem den neuen Leitsektoren unter die Arme gegriffen wird. Dabei geht es neben Krediten in Milliardenhöhe auch um direkte staatliche Investitionen, wie das Beispiel des Biotechnik-Unternehmens CureVac zeigt.

Mitte Juni 2020 verkündete der deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier den Einstieg der staatseigenen Förderbank KfW beim Tübinger Konzern. Für 300 Millionen Euro erwarb die Bundesrepublik Deutschland gerade einmal 23 %, um, wie es hieß, im Rennen um einen Corona-Impfstoff international mitlaufen zu können. Der Mehrheitseigentümer Dietmar Hopp, mit geschätzten 10 Mrd. US-Dollar einer der reichsten Männer Deutschlands, braucht damit keine Sperrminorität des Staates in seinem Unternehmen zu befürchten.

IM KRIEG, ABER GEGEN WEN?

Diese Art von staatlich organisiertem Kapitalismus auf Corona-keynesianischer Basis erinnert an den Militärkeynesianismus in Kriegszeiten. Und im Krieg wähnen sich die Staatschefs vieler EU-europäischer Länder ohnedies, im Krieg gegen das Virus. Dazu passen auch Gedenkfeiern, wie sie in Frankreich, Italien und Spanien abgehalten wurden. Während Bomber über den Champs-Élysées donnerten und das offizielle Paris seiner Corona-Toten am Nationalfeiertag des 14. Juli gedachte, ehrten der spanische König und seine sozialdemokratische Regierung zwei Tage später die an oder mit Covid-19 Verstorbenen wie Kriegsopfer. In Anwesenheit von EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ließ es sich Felipe VI. nicht nehmen, einen der »Gefallenen« besonders hervorzuheben, den Journalisten José Maria Calleja. Sein halbes Journalistenleben hatte er gegen die baskische Separatistenorganisation ETA angeschrieben, die ihn dafür mit dem Tod bedrohte. Diesen Kampf, so Felipe VI., gewann er, gegen das Virus hat er letztendlich verloren.

Inszenierungen wie diese sind Ausdruck einer autoritären Staatlichkeit, die Feinde und Feindbilder braucht, um sich als Retter vor diesen darstellen zu können. Das Virus gibt ein ideales Instrument dafür ab; im Kampf gegen Sars-CoV-2 stehen Kapital und Staat zusammen. Letzterer hat sich zur Aufgabe gestellt, auch das Volk in diesen Schulterschluss miteinzubinden. Dass dies gelingt, ist allerdings keineswegs ausgemacht. Denn die Zeitenwende hält harte soziale Einschnitte und mögliche weitere Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung des neuen, kybernetischen Akkumulationsmodells bereit. Widerstand dagegen ist denkbar – und möglich.

Teil 1 erschien in DW N°19. Teil 2 erschien in DW N°20.

Hannes Hofbauer ist Verleger und Autor. Andrea Komlosy ist Historikerin in Wien.

»Lockdown 2020. Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern«, herausgegeben von Hannes Hofbauer und Stefan Kraft im Promedia Verlag Wien, erscheint Anfang Oktober.



Das Buch mit der ISBN 978-3-85371-473-7 sowie das E-Book mit der ISBN 978-3-85371-881-0 können ab sofort im lokalen Buchhandel vorbestellt werden.

DIE GEHEIMKRÖNUNG LUKASCHENKOS IN MINSK

Korrespondent des DW, Ilia Ryvkin, berichtet unabhängig aus Minsk, Weißrussland.

»Das Stadtzentrum ist voll mit gepanzertem Zeug! Was haben die denn vor?«, so chattete mir ein Freund am sonnigen Vormittag des 23. Septembers 2020. Am Nachmittag meldete die staatliche Presseagentur BelTA, dass Alexander Lukaschenko die neue Amtszeit der Präsidentschaft antrat. Die Zeremonie fand im Unabhängigkeitspalast unter Anwesenheit von rund siebenhundert ausgewählten Personen statt. Dazu zählten weder Journalisten noch Diplomaten.

Lukaschenko legte seine Hand auf die Verfassung und schwor feierlich, dem Volk der Republik treu zu dienen, die Menschenrechte und Bürgerfreiheiten zu respektieren und so weiter und so fort. Als die Zeremonie zu Ende war, verließ er die Hauptstadt. Den Abend hatte ich für ein Treffen mit dem liberalen Politiker Ales Michalewitsch reserviert.



Vor zehn Jahren war Michalewitsch als Kandidat bei der Präsidentschaftswahl angetreten und wurde in der Wahlnacht von Mitarbeitern des Geheimdienstes verhaftet. Nach der Freilassung ging Michalewitsch in den Untergrund, dann ins Exil. Seit fünf Jahren ist er wieder in Belarus auf dem freien Fuß. »Heute Abend, wenn du keine Angst hast, schlage ich vor durch die Stadt zu flanieren«, sagte Michalewitsch am Telefon, »bestimmt kommt es zu Raufereien«.

Ich? Angst? Gegen Sonnenuntergang liefen wir zusammen in Richtung des zentralen Obelisken »Minsk, eine Heldenstadt«. Menschen strömten dahin aus allen Richtungen, einige mit Pappkronen auf dem Kopf, selbstgebastelt oder von Burger King. »Angriff!« Die Menschenmenge schwankte. Der letzte Sonnenstrahl beleuchtete geordnete Reihen der Sondereinsatzkommandos. Eine Phalanx marschierte auf uns zu, mit Schlagstöcken auf Metallschildern im Takt klopfend.

Halbgeblendet von Laserstrahlen sah ich, wie aus dem Nebel Wasserwerfer herauskrochen, dann fielen auf uns Ströme orangener Farbe. Das Volk war im Rückzug. Wir stiegen ins Auto ein und waren hinüber. Die ganze Straße hupte für die Hoffnung auf echte Demokratie — das verbindet die hiesige Demokratiebewegung mit den Demokratiebewegungen in Deutschland, England, Indien, Kanada, Frankreich und so weiter.

DIE MASKENBILDER AUS MINSK SIND GESTELLT

Tausende von Stadtbewohnern standen mit Fahnen und weiß-rot-weißen Bändchen dem Bürgersteig entlang und riefen: »Es lebe Belarus!« und »Verrecke du Ratte!« Niemand von ihnen will die irren Corona-Maßnahmen, niemand schwenkt EU- oder gar Nato-Fahnen, niemand trägt Maske. Die Bilder aus Minsk, wie sie die westlichen Propagandamedien bringen, sind gestellt. Die Propagandatechnik kennen wir aus Berlin, etwa von der Reichstagstreppe am 29. August 2020.

»Der ekstatische Jubel der Untertanen übertrifft alle Erwartungen«, meldete sich Michalewitsch ironisch. »Wir sind jetzt alle auf der Straße, um stockenden Verkehr zu erzeugen und die Mobilität der Sondereinsatzkommandos zu behindern. Die ganze Stadt sabotiert die Geheimkrönung!«

Nicht alle! Am Siegesplatz feierten am Samstag rund zweihundert Regierungstreue die Inauguration ihres Präsidenten. Kurz danach fuhr zwischen den Fahrbahnen ein Auto der Straßenverkehrskontrolle, ihm folgte eine Kolonne ohne Kennzeichen mit der Aufschrift »Menschen«. »Fenster zu!«, rief Michalewitsch, »die Mercedes-Autoscheiben sind nicht einfach so mit Schlagstöcken zu zerschlagen!« — Menschen...

Briefe an die Redaktion

Vor dem Faschismus neuer Art schützen

Es ist eine Ehre für mich, in einem Land zu leben, in dem Menschen wie Sie, sich für die Würde, die Freiheit und den Frieden einsetzen!

Als Jude möchte ich Ihnen sagen, dass das was Sie tun – so meine persönliche Empfindung und Beurteilung – das eigentliche, wahre Sühnezeichen ist für die Opfer des NS-Faschismus!

Ihre Taten, die Ihrer Mitstreiter und die aller, die nicht obrigkeitshörig und linientreu nach dem Mechanismus »Befehl ist Befehl« agieren, sind nach meiner Überzeugung indirekt ernsthafte Gesten des Gedenkens an die Opfer des Holocausts.

Sie haben den Mut und die Entschlossenheit, Ihrem eigenen Verstand und Ihrem Gefühl zu vertrauen und zu folgen, trotz des massiven Gegenwinds, um das zu bewahren, was uns vor Faschismus schützen soll!

Ich danke Ihnen für Ihren Mut und wünsche Ihnen Erfolg und Gottes Segen!
Sergej Perelman, per E-Mail

Wenn alles gleich bleibt und doch anders sein wird

Als hinter den medizinischen Masken die sozialen herunterfielen und die echten Gesichter erschienen, –
da glaubten wir nicht mehr an Solidarität in dieser Krise, der harten. Konnten die Augen nicht länger verschließen vor denen, die sich als unangenehme, alles wissende und andere belehrende und zurechtweisende Mitbürger offenbarten.
Uta-Christine van Deun, Baden-Baden

Mein Herz und Geist sind mit Euch

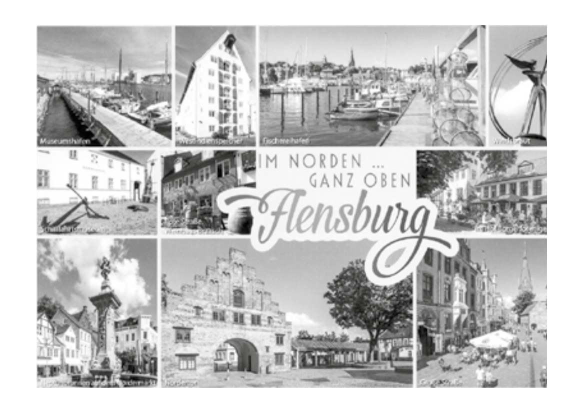
Eure Naivität beeindruckt mich weniger. Dass es jetzt in Berlin und hoffentlich an vielen Orten diese Widerstandsbewegung gibt, ist erste Hilfe in letzter Minute! Wenn sich dem aber keine hart und klar erarbeiteten Ideen, Begriffe einer sozialen Zukunft an die Seite stellen, wird es ausgehen wie mit dem Hitlerputsch 1923. Zehn Jahre später führte er doch zur Machtergreifung. Und das Jahrzehnt dazwischen wurden mit Weimarer Palaver rein vergeudet.
Reinhard K., Stuttgart

Warum demokratischer Widerstand?

Am 29./30.8. schwebte der Geist des gewaltlosen Widerstandes von Ghandi über den Menschen auf der Straße des 17. Juni. Bei dem Sturm auf das Reichstagsgebäude beherrschten die unbewältigten Traumata der Nazizeit das Verhalten der Stürmer. Eros und Tanatos (Lebens- und Todestrieb) haben sich gleichzeitig gezeigt. An der Siegessäule siegte die Vernunft, als die Polizisten nach der Räumung des geplanten Dauercamps vor den verbliebenden Demonstranten die Helme abnahmen und sich als Menschen zeigten. Gegenseitige Achtung und Toleranz ermöglichten im Verbund mit standhaften Selbstvertrauen ein friedliches Ende der Veranstaltung. Das war eine wichtige Botschaft an die Regierung, dass ihre Kampfkultur und der menschenverachtende Kontrollzwang keine Zukunft mehr haben.
Peter Meyer-König, Meßkirch

Würde des Menschen

Es ist eine Herausforderung für jeden von uns, in jedem unserer Gegner und potentiellen Quäler die Chance zum göttlichen Wesen anzusprechen: die Würde des Menschen ist eben in jedem von uns unantastbar und sie beinhaltet eben auch die Möglichkeit ins Un-Menschliche abzugleiten. Aber auch, aus der Abgrunderfahrung wieder aufzusteigen. In diesem Sinne wünsche ich mir von dieser Zeitung noch sorgfältigere Formulierungen, wenn es um Vermutungen, Urteile, Verurteilungen geht.
Karin Kollmann, Überlingen



Grüße aus Nordfriesland

Super, dass Sie mit Aktivisten aus allen Lagern ins Gespräch kommen. Wenn Sie diesen Weg beibehalten wird die Sache bestimmt bald rund. Seit März versuche ich Flensburg ein wenig in den Fokus zu setzen.
Schöne Grüße, Silke

Red.: Sophia-Maria Antonulas

UNSERER NATION ZUM FEIERTAG: MÖGE SIE ZUM BOLLWERK GEGEN DEN NEOFEUDALISMUS WERDEN!

von Hermann Ploppa

Als Einstieg eignen sich Äußerungen, die der frühere Finanzminister und jetzige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble am 18. November 2011 beim *European Banking Congress* in Frankfurt gemacht hat: »Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz (Deckungsgleichheit) zwischen allen Politikbereichen haben, gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaats aus. Das war die alte Rechtsordnung, die dem Völkerrecht noch zugrunde liegt mit dem Begriff der Souveränität, die in Europa längst ad absurdum geführt worden ist. Spätestens in den zwei Weltkriegen der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr souverän gewesen.«

Zehn Jahre später spricht Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sogar vom »Gift des Nationalismus«. Nation und positive Bezüge zur Nation sind degradiert zu pornographischen Schmuddelwörtern. Nur mal zur historischen Richtigstellung: das Projekt »Nation« ist ein linkes Unternehmen. Entstanden aus der Französischen Revolution von 1789. Bislang war der Staat eine Sache des Königs. Von nun an sahen die selbstbewusst gewordenen Bürger den Staat und die Nation als ihr kollektives Eigentum an. Dieses Virus pflanzte sich nach Deutschland fort in der Bürgerlichen Revolution von 1848. Die Bürger wollten ihr Staatswesen nun auch mit eigenen Milizen verteidigen. Doch Bismarck zerstörte mit Blut und Eisen die revolutionären Träume vom geeinten Gesamtdeutschland und machte das Preußen-Restdeutschland zum Hort des aggressiven Militarismus. Damit begann der Missbrauch der Nation als stählerner Panzer gegen andere Nationen. Das ist es, worauf sich Schäuble bezieht.

Daraus leitet Schäuble jedoch ab, der Nationalstaat sei grundsätzlich kriegerisch und aggressiv und müsse deswegen zerschlagen werden. Er preist stattdessen über den Nationen stehende Regierungsformen der so genannten *Governance*. Governance ist das elitäre Gegenmodell zum *Government*.

Government ist die Regierungsform der repräsentativen Demokratie: die Bürger wählen Abgeordnete in Parlamente (Legislative) und die Parlamente wiederum wählen sich eine Regierung (Exekutive). Legislative und Exekutive werden wiederum von der Gerichtsbarkeit kontrolliert (Judikative). Governance ist dagegen das Modell, in dem neben den genannten Zweigen der Demokratie auch andere »Player« an runden, der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Tischen mit entscheiden: Dazu gehören Konzerne und Nichtregierungsorganisationen sowie supranationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Europäische Union oder die Weltgesundheitsorganisation WHO.

GEWALTENTEILUNG? NICHT MEHR »MARKTKONFORM«

Schäuble, Merkel, Steinmeier und ihre Mitstreiter arbeiten erklärtermaßen darauf hin, dass die supranationalen Organisationen der Governance als Bäume immer größer werden und mit ihren Wurzeln so langsam die Gemäuer des Nationalstaats zum Zerbersten bringen. Das heißt dann unter anderem: EU-Recht bricht Nationalrecht. Oder: die Weltgesundheitsorganisation WHO bestimmt mit Hilfe der Bundesbehörde RKI, welche Impfstoffe in Deutschland gefördert werden.

Sind wir jemals gefragt worden, ob wir diese Governance überhaupt wollen? Gab es darüber eine Volksabstimmung? Ist mir nicht bekannt. Es liegt auf der Hand, dass hier seit Jahrzehnten eine schleichende Entdemokratisierung stattgefunden hat. Globale Konzerne und deren steuerflüchtige Stiftungen bestimmen mittlerweile die Richtlinien der Politik. Wir befinden uns auf dem Weg in den weltweiten Neofeudalismus, in dem superreiche Individuen wie einstmals Könige darüber bestimmen, was das entrechtete Fußvolk zu tun und zu lassen hat.

Wir müssen wie unsere Vorfahren von 1789 oder 1848 erneut den öffentlichen Raum und den Nationalstaat für uns zurückerobern. Ob wir den Staat nun mögen oder nicht: der Staat ist der letzte noch halbwegs funktionstüchtige Großorganismus, der der Allmacht der Superreichen noch Einhalt gebieten kann. Die Ersetzung oder Abschaffung des Staates ist ein hehres Ziel, das wir nicht aus den Augen verlieren sollten. Aber zunächst müssen wir unsere elementaren Freiheiten durch die Rehabilitierung des Staates wieder zurückerobern.

POSTVERSANDABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zur auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik gewachsen. Sie verkauft keine Anzeigen, sammelt keine Daten ein und ist von großen Mäzenen, Strukturen, Staaten und Regierungen unabhängig. Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von tausenden einzelnen Spendern und freiwilligen VerteilerInnen, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist.

Parallel dazu möchten wir den Versuch unternehmen, den Widerstand als unabhängige und gedruckte Wochenzeitung für alle zu etablieren. Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit € 10.- in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse unseres Vereines. Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ______________________

TELEFON + E-MAIL ______________________

STRASSE UND HAUSNUMMER ______________________

POSTLEITZAHL UND ORT ______________________

K.D.W. e.V.
Berliner Allee 150
13088 Berlin

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer liberalen Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 21. Ausgabe, Samstag, 3. Oktober 2020. Redaktionsschluss war am 30. September, 7:30 Uhr. Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Sitze dieser Zeitung sind London, Oslo, Stockholm und Moskau. Berliner Förder- und Freundeskreis: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. **Spenden** an DW / A. Lenz, **IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94.**

Redaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Batseba N'Diaye, Tamara Ganjalyan, Jill Sandjaja, Sophia-Maria Antonulas, Ute Feuerstacke, Louise Lenz, Wolfgang Spraul, Hermann Ploppa, Johnny Rottweil, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Samuel Gfrörer, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Ullrich Mies, Alexander Richter. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, c/o K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020.
Druck: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotographie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.